

## NIEDERSCHRIFT

### über die 34. Beratung des Finanzausschusses am 20.09.2012

**Ort:** Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG  
**Beginn:** 18:45 Uhr  
**Ende:** 21:50 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 5 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:

Herr Burkardt  
Frau Vogdt  
Frau Brüske-Dierker  
Herr Dr. Buchelt  
Herr Jerzembek  
Herr Giefer

#### **TOP 2 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 20. September 2012**

Herr Warnick informiert vorab, dass die Drucksachen DS-Nr.: 150/12 und DS-Nr.: 149/12 in den anderen Fachausschüssen zurückgestellt wurden.

Er möchte nun wissen, wie sich die Mitglieder des Finanzausschusses dazu verhalten wollen.

Herr von Wnuk-Lipinski ist der Meinung, dass dies Sache des Einreichers ist.

Herr Templin macht darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung in einer Sitzung nicht gekürzt werden darf. Die Tagesordnungen sind veröffentlicht worden.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 20. September 2012 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

**TOP 3 Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses vom 09. August 2012**

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor.

Die Mitglieder des Finanzausschusses äußern sich lobend über die besondere Ausführlichkeit dieses Protokolls.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 09. August 2012 wird festgestellt.

**TOP 4 Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom 09. August 2012**

	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 71/33.12</b>	<p><u>DS-Nr.: 122/12 (Änderung des Errichtungsbeschlusses DS-Nr. 158/11 für die Errichtung eines 2-geschossigen Anbaus an der Steinweg-Schule)</u></p> <p>Die Verwaltung möge prüfen, ob ausgeschlossen werden kann, dass kein Bieter Schadensersatzforderungen stellen kann, bei Aufhebung der Ausschreibung.</p>	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Neidel</p> <p><b>erledigt; per Post am 13.09.2012</b></p>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 72/33.12</b>	<p><u>DS-Nr.: 106/12 (Beschluss über den Zuschuss der Gemeinde und die Vergaberichtlinie zum Belegungsrecht „Barrierefreies Wohnen“ in der Heinrich-Heine-Straße)</u></p> <p>Die Verwaltung möge beantworten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie hoch ist die Anzahl der barrierefreien Wohnungen, die mit dem Zuschuss geschaffen werden?</li> <li>- Wie ist die Relation zwischen den Gesamtbaukosten für dieses Projekt und dem Zuschuss der Gemeinde?</li> <li>- Warum soll aufgrund der Baugenehmigung ein Zuschuss gezahlt werden. Die erhöhten Baukosten sind doch im Wesentlichen im Sanitärtrakt enthalten.</li> <li>- Ist die Erarbeitung einer Vergaberichtlinie unter dem Aspekt des Antidiskriminierungsgesetzes geprüft worden?</li> <li>-</li> </ul>	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Neidel</p> <p><b>-erste Beantwortung erfolgte zum 20.09.2012 -inhaltliche Beantwortung soll bitte bis November/Dezember 2012 erfolgen</b></p>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 73/33.12</b>	<p><u>DS-Nr.: 100/12 (Uferweg Teltowkanalae, hier: Abschnitt Friedensbrücke-Rammrathbrücke)</u></p> <p>Die Verwaltung möge mitteilen, ob das</p>	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Neidel</p> <p><b>erledigt; per Post am 13.09.2012</b></p>

	Vorhaben mit der Stadt Teltow abgestimmt ist. Teile davon befinden sich auf dem Teltower Boden. Es könnte sonst Klagen geben.	
	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 74/33.12</b>	<p>DS-Nr.: 108/12 (<u>Grundsatzbeschluss zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Weinbergviertel</u>)</p> <p>Die Verwaltung möge eine Auflistung erstellen, wo die ältesten Laternen stehen. Diese Auflistung wurde im Umweltausschuss verteilt.</p> <p>Den Mitgliedern des Finanzausschusses sollte diese Auflistung ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Neidel</p> <p><b>erledigt; per Tischvorlage am 20.09.2012</b></p>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 75/33.12</b>	<p>DS-Nr.: 092/12 (<u>Errichtungsbeschluss gem. § 16 KomHKV zur Sanierung des Pausenhofes der Eigenherd-Schule</u>)</p> <p>Die Verwaltung möge eine Aussage geben, wie groß ein Pausenhof sein muss (wie viel m<sup>2</sup>/Kind<sup>2</sup>). Gibt es eine gesetzliche Vorschrift?</p>	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Konrad</p> <p><b>erledigt; per Post am 13.09.2012</b></p>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 76/33.12</b>	Die Verwaltung möge das Schreiben der gewog zum barrierefreien Wohnen an alle Ausschussmitglieder versenden.	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Grohs</p> <p><b>erledigt; per Post am 13.09.2012</b></p>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 77/33.12</b>	<p><u>Eckwertepapier</u></p> <p>Die Verwaltung möge informieren, was sich hinter den Zahlen für Hard- und Software verbirgt.</p> <p>Weiterhin möge informiert werden, ob es Mehr- oder Minderausgaben in den Personalkosten gibt.</p>	<p>Termin: 10.09.2012 Herr Piecha</p> <p><b>erledigt; per Tischvorlage am 20.09.2012</b></p>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 78/33.12</b>	Die Verwaltung möge informieren, wie hoch die Einnahmen durch die Nutzung von Gemeindeland im „Drachensteig“ sind. Dort lagern zwei große Container auf Gemeindeland.	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Neidel</p> <p><b>erledigt; per Post am 13.09.2012</b></p>

Herr Harmsen merkt zur offenen Festlegung F 72/12 an, dass es sich bei der vorgelegten Beantwortung nur um eine formale Beantwortung handelt. Er bittet daher darum, diese Anfrage bis November/Dezember 2012 inhaltlich zu beantworten.

**TOP 5**

**Gründung der Freibad Kiebitzberge GmbH**

**DS-Nr. 157/12**

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Kleinmachnow gründet zusammen mit der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf eine gemeinsame Besitz- und Betriebsgesellschaft in Form einer GmbH. Diese Gesellschaft lautet auf den Namen „**Freibad Kiebitzberge GmbH**“ (nachfolgend „die Gesellschaft“). Die Gemeinde Kleinmachnow hält 49,8 %, die Stadt Teltow 30,2 % und die Gemeinde Stahnsdorf 20 % der Gesellschaftsanteile.
2. Dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung (**Anlage 2**) mit der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf wird zugestimmt.
3. Der Gesellschaftsvertrag (**Anlage 3**) der Gesellschaft wird beschlossen. Als Geschäftsführer der Gesellschaft wird vorläufig der Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, Herr Michael Grubert, bestellt.
4. Dem Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages (**Anlage 4**) mit der Gesellschaft wird zugestimmt.
5. Der Bürgermeister wird mit der Vornahme der für die Umsetzung der Beschlüsse zu 1. bis 4. erforderlichen Maßnahmen, Willenserklärungen und Rechtserklärungen beauftragt. Er hat über den Stand der laufenden Umsetzung regelmäßig bzw. nach Umsetzung abschließend in der Gemeindevertretung zu informieren.
6. Für den Fall, dass sich auf Grund rechtlicher Änderungen oder auf Grund von Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde, das Finanzamt oder das Registergericht Änderungen an den Verträgen als notwendig erweisen sollten, wird der Bürgermeister ermächtigt, diese Änderungen vorzunehmen, soweit dadurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird. Über die Änderungen ist die Gemeindevertretung zu informieren.

Anlagen:

1. Gründungsbericht nebst Anlage
2. Kooperationsvereinbarung
3. Gesellschaftsvertrag
4. Erbbaurechtsvertrag

Herr Warnick informiert, dass jeweils ein Berater der PSPC Private Sector Participation Consult GmbH und Dombert Rechtsanwälte anwesend sind.

Herr Piecha erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Er erinnert daran, dass am 15. August 2012 im Bürgersaal des Rathauses Kleinmachnow zu diesem Thema eine Informationsveranstaltung mit allen drei Kommunen stattgefunden hat.

Herr Piecha bezieht sich auf den Punkt 6 des Beschlussvorschlages und merkt dazu an, dass der Verwaltung nunmehr eine aktuelle Stellungnahme der IHK Potsdam vorliegt. Die IHK Potsdam äußert keine grundsätzlichen Bedenken in Bezug auf die Gründung der Freibad GmbH.

Des Weiteren wurde das Finanzamt Potsdam um eine verbindliche Aussage gebeten. Eine Antwort liegt bisher noch nicht vor.

Abschließend teilt Herr Piecha das Abstimmungsergebnis aus dem Fachausschuss mit:

Kulturausschuss 6 Ja / 0 Nein / 1 Enth.

- Herr Baumgraß nimmt ab 18:55 Uhr an dieser Sitzung teil.  
Somit sind 6 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Templin spricht sich für diese Drucksache aus.

Er äußert sich lobend über die vorgelegte Beschlussvorlage. Aus seiner Sicht ist die Belastung der drei Kommunen, nach den jeweiligen Möglichkeiten, gerecht verteilt und auch die Mitwirkungsrechte sind gut gelöst.

Herr Harmsen hat mehrere Nachfragen.

- 1.) Wie ist die Pachtzinsermittlung erfolgt?
- 2.) Ist das Thema „Steuroptimierung bei der Gründung“ fachlich korrekt behandelt worden? Wie ist es mit der „Steuroptimierung im Laufenden Betrieb“? Er sieht dies als derzeitigen Schwachpunkt an.
- 3.) Ist es juristisch korrekt, den Aufsichtsrat ohne Mitarbeiterbeteiligung zu besetzen?
- 4.) Zeitplan? Die Benennung des Geschäftsführers fehlt?
- 5.) Im Organigramm ist eine zusätzliche Stelle für die Assistenz der Geschäftsleitung ausgewiesen. Wird wirklich zusätzliches Personal benötigt?

Herr Warnick fragt die Ausschussmitglieder, ob die anwesenden Berater der PSPC Private Sector Participation Consult GmbH und Dombert Rechtsanwälte Rederecht erhalten sollen.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für ein Rederecht der beiden Berater aus.

Herr Warnick möchte wissen, ob es einen „Plan B“ gibt, falls sich die Gemeinde Stahnsdorf gegen eine Beteiligung ausspricht.

- Herr Tauscher nimmt ab 19:00 Uhr an dieser Sitzung teil.  
Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Frau Hilbig, PSPC, nimmt Bezug auf die Fragen von Herrn Harmsen und antwortet wie folgt darauf:

Zu 1.) Es gibt eine konkrete Bemessungsgrundlage für die Ermittlung des Erbpachtzinses. Dazu gibt es ein vorgeschriebenes Verfahren wie dies zu ermitteln ist. Dieses wurde auch angewendet.

Zu 2.) Es gibt verschiedene Varianten, wie das Finanzamt dies behandeln kann. In diesem Fall wurde die wirtschaftlich günstigste Variante gewählt. Um jedoch endgültige Klarheit zu haben, wurde eine verbindliche Anfrage beim Finanzamt gestellt.

Zu 3.) Juristisch gesehen, ist es nicht erforderlich, einen Aufsichtsrat mit Mitarbeitern zu besetzen. Es steht jedoch jeder Kommune frei, Mitarbeiter in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Zu 4.) Es muss zunächst die Gesellschaft gegründet werden und erst dann wird ein Geschäftsführer bestellt. Der Geschäftsführer wird zunächst Herr Grubert sein. Es ist jedoch geplant, diese Stelle auszuschreiben.

Zu 5.) Dieses Organigramm gibt die aktuelle Personalstruktur wieder. Das diese Stelle im Organigramm hellgrau hinterlegt ist, liegt lediglich daran, dass der Arbeitnehmer, der diese Stelle derzeit besetzt, in drei Jahren altersbedingt ausscheiden wird.

Des Weiteren nimmt Frau Hilbig auf die Frage von Herrn Warnick Bezug und teilt mit, dass es keinen „Plan B“ gibt.

Herr Piecha merkt dazu an, dass die Verwaltung der Gemeinde Kleinmachnow nach wie vor davon ausgeht, dass dies ein gemeinsames Projekt aller drei Kommunen wird.

Herr Dr. Jansen, Dombert Rechtsanwälte, berichtet, dass im Ergebnis der Veranstal-

Am 15. August 2012 im Bürgersaal Kleinmachnow eine durchweg positive Stimmung zu erkennen war.

Herr Harmsen gibt zu Protokoll:

*Aus meiner Sicht ist der Zeitplan unrealistisch. Wenn im Januar angefangen wird eine Ausschreibung zu eröffnen, ist der Geschäftsführer nicht vor Mitte des Jahres an Bord. Ab September soll aber die Sanierung des Freibades erfolgen.*

Herr Dr. Jansen informiert nochmals, dass ein Sanierungsgutachten vorliegt. Die Sanierungsmaßnahmen gehen über vier bis fünf Jahre. Die großen Maßnahmen finden nicht gleich im ersten Jahr statt.

Auch Herr Templin ist der Meinung, dass der Zeitplan auf jeden Fall zu hinterfragen ist.

Herr Warnick dankt im Namen der Finanzausschussmitglieder den beiden Beratern für ihre Ausführungen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 157/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 157/12 erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

<b>TOP 6</b>	<b>Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung einer Entscheidungsfindung für eine Überdachung des Innenhofes vor dem Haupteingang des Rathauses mit PV-Modulen</b>	<b>DS-Nr. 150/12</b>
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. In Vorbereitung einer Entscheidungsfindung für eine Überdachung des Innenhofes vor dem Haupteingang des Rathauses mit PV-Modulen ist eine Vorplanung mit Variantenvergleich zu beauftragen. Mit der Vorplanung soll dargelegt werden, in welchem Maße eine Verringerung der Sonneneinstrahlung (Kühlung der Rathausinnenräume) erreicht werden kann und, ob die Nutzung der regenerativen Energie effektiv und wirtschaftlich betrieben werden kann.
2. Mit der Vorplanung (Leistungsphase 2) wird das Büro Kolb Ripke Architekten Berlin beauftragt.
3. Für die Vorplanung mit Variantenvergleich sind 9.100,00 € für das Haushaltsjahr 2013 einzuplanen.

Diese Drucksache wird durch die Verwaltung zurückgestellt.

<b>TOP 7</b>	<b>Beteiligung am regionalen Projekt "Regionalentwicklungskonzept der Bioenergieregion Ludwigfelde Plus + Trebbin, Luckenwalde, Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf</b>	<b>DS-Nr. 141/12</b>
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Kleinmachnow beteiligt sich an dem geförderten regionalen Projekt „Regionalentwicklungskonzept der Bioenergieregion Ludwigfelde Plus + Trebbin, Luckenwalde, Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf“.

Dafür sind	im Haushalt 2013	1.000,00 €
	im Haushalt 2014	4.500,00 €
und	im Haushalt 2015	4.730,00 €

finanzielle Eigenanteile als laufender Zuschuss bereitzustellen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Sie teilt das Abstimmungsergebnis aus dem Fachausschuss mit:

Umweltausschuss 4 Ja / 0 Nein / 1 Enth.

Frau Schwarzkopf möchte gern wissen, wer das Regionalentwicklungskonzept erarbeitet hat.

Dazu merkt Frau Grohs an, dass diese Frage bereits im Umweltausschuss gestellt wurde. Dies wird bis zum Hauptausschuss beantwortet.

Herr Harmsen weist darauf hin, dass auf der Seite 35 des Konzeptes steht, wer an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligt war.

- Projektleiterin Ass. Iur. Iris Feldmann, Mediatorin (DAA)
- Projektmanagerin M. Sc. Dipl.-Psych. Rachel Michels
- Bioenergiebüro Dipl.-Ing. Ingo. Baumstark

Frau Schwarzkopf bedankt sich für den Hinweis.

Sie wird der vorliegenden Drucksache jedoch nicht zustimmen. Sie hat die Befürchtung, dass hier Projekte parallel laufen. Es könnte sein, dass hier Geld ausgegeben wird, obwohl von anderer Seite schon die Umsetzung erfolgen könnte. Die Verwaltung sollte sich an die Beauftragte des Landes Brandenburg für Bioenergie wenden und nachfragen, wie der Sachstand ist. Es sei denn, Sie ist der Verfasser dieses Konzeptes.

Herr Tauscher informiert, dass er im Umweltausschuss nachgefragt hat, ob der Landkreis mit einbezogen ist. Dies wurde von Herrn Piekarski zugesichert. Alles ist mit dem Landkreis abgestimmt.

Bis zum Hauptausschuss sollte jedoch nochmals alles geprüft werden.

Er wird dieser Drucksache zustimmen.

Frau Schwarzkopf schließt sich den Worten von Herrn Tauscher an und wird zum einen der vorliegenden Drucksache nun doch zustimmen und zum anderen nochmals Kontakt mit der Beauftragten des Landes Brandenburg für Bioenergie aufnehmen um auszuschließen, dass hier nicht zwei Projekte parallel laufen.

Herr Templin berichtet, dass dieses Thema auch bereits in der „KAT“ behandelt wurde.

Er geht davon aus, dass die hier genannte ARGE einen Förderantrag gestellt und diesen nun auch bewilligt bekommen hat.

Auf der Basis dieses Konzeptes ist der Förderantrag bewilligt worden. Kleinmachnow soll sich an diesem Konzept beteiligen. Herr Templin spricht sich für diese Drucksache aus.

Herr von Wnuk-Lipinski stellt den Antrag auf Beendigung der Debatte.

Herr Warnick stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Herr Warnick stellt somit die Drucksache DS-Nr.: 141/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 141/12 erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

<b>TOP 8</b>	<b>Grundsatzbeschluss für die Beauftragung einer Entwurfsplanung für eine thermische Solaranlage auf dem Dach der Eigenherd-Schule</b>	<b>DS-Nr. 143/12</b>
--------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. In Vorbereitung der Errichtung einer thermischen Solaranlage mit Hybrid-Luft-Wasserkollektoren auf dem Dach der Mensa (ehemalige Sporthalle) der Eigenherd-Schule sollen die Planungsleistungen Lph 2 (Vorplanung) und Lph 3 (Entwurfsplanung) beauftragt werden.
2. Für die Planungsleistungen wird das Ingenieurbüro Hennig- Haustechnische Gesamtplanungen aus Potsdam beauftragt.
3. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 1.630,00 € (Honorar Lph 2 und Lph 3) sind als überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2012 bereit zu stellen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss                    4 Ja / 1 Nein / 3 Enth.

Kulturausschuss                1 Ja / 6 Nein / 0 Enth.

Umweltausschuss                0 Ja / 3 Nein / 2 Enth.

Frau Grohs merkt abschließend an, dass die Eigenherd-Schule denkmalgeschützt ist. Herr Tauscher berichtet, dass der pädagogische Aspekt im Kulturausschuss als sehr geringwertig eingeschätzt wird.

In der Vergangenheit wurden viele Projekte in der Eigenherd-Schule umgesetzt. Aus seiner Sicht muss ein Konzept erarbeitet und vorgelegt werden.

Er wird der vorliegenden Drucksache nicht zustimmen.

Frau Schwarzkopf vertritt die Meinung, dass im Nachgang, nach der Dachsanierung, eine Photovoltaikanlage unökonomisch und unwirtschaftlich ist. Auch ein pädagogischer Mehrwert ist eher nicht vorhanden. Auch sie wird der vorliegenden Beschlussvorlage keine Zustimmung geben.

Herr von Wnuk-Lipinski unterstützt die Worte von Herrn Tauscher. Erst muss ein Grundsatzbeschluss vorgelegt werden. Des Weiteren kritisiert er, dass im Beschlussvorschlag bereits das zu beauftragende Ingenieurbüro benannt ist. Dies ist nicht korrekt.

Herr Templin merkt an, dass seine Fraktion die einzige Fraktion war, die sich gegen diese Drucksache ausgesprochen hat. Aus seiner Sicht ist dies nur ein reines Zuschussgeschäft ohne pädagogischen Mehrwert.

Herr Harmsen schließt sich allen Vorrednern an und hinterfragt, welche Rechte bekommt der Sponsor?

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 143/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 143/12 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

<b>TOP 9</b>	<b>Grundsatzbeschluss für die Beauftragung einer Entwurfsplanung für den Einsatz von Sonnenschutzanlagen für die zum Osten und Westen weisenden Fenster des Rathauses Kleinmachnow als erste Maßnahme</b>	<b>DS-Nr. 149/12</b>
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Beauftragung einer Entwurfsplanung für den Einsatz von Sonnenschutzanlagen für die zum Osten und Westen weisenden Fenster des Rathauses Kleinmachnow mit Ausnahme des Innenhofes, wird beschlossen.
2. Mit der Planung der Leistungsphase 3 wird das Architektenbüro BERTSCH ARCHITECTEN, Berlin beauftragt.
3. Für die Beauftragung der Leistungsphase 3 ist eine überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 2.800,00 € bereitzustellen.

Diese Drucksache wird durch die Verwaltung zurückgestellt.

<b>TOP 10</b>	<b>Neuerstellung eines qualifizierten Mietspiegels Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf für den Zeitraum ab 2014</b>	<b>DS-Nr. 096/12</b>
---------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die zur Neuerstellung eines qualifizierten Mietspiegels Teltow – Kleinmachnow – Stahnsdorf erforderlichen Schritte einzuleiten. Zur Neuerstellung sind insbesondere:

- eine Vereinbarung mit der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf abzuschließen, in der die Aufteilung der zu erwartenden externen Kosten auf die Kommunen nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl festzulegen und die Gemeinde Kleinmachnow als federführend zu bestimmen ist,
- die für die Neuerstellung erforderlichen externen Kosten, sowie die Einnahmen aus Teltow und Stahnsdorf gemäß Vereinbarung für den Haushalt 2013 f als Ausgabe und Einnahme zu planen,
- eine Arbeitsgruppe „Mietspiegel“ einzuberufen, mit der die Interessenvertreter der Vermieter und der Mieter einbezogen werden, sowie
- die Aktualisierung der Wohnlagenkarte und die Ausarbeitung der Übersicht über die ortsübliche Vergleichsmiete nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen durch ein externes Büro zu beauftragen.

Es ist zu gewährleisten, dass die Neuerstellung so rechtzeitig abgeschlossen wird, dass der qualifizierte Mietspiegel wirksam werden kann, bevor die derzeitige Fassung mit dem 31.05.2014 außer Kraft tritt.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Die Gemeinde Kleinmachnow wird federführend sein.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss hat die Drucksache nur zur Kenntnis genommen

Kulturausschuss 4 Ja / 0 Nein / 3 Enth.

Herr Tauscher fragt nach, ob bekannt ist, wie sich die Zahlenverhältnisse (Ein-/Zweifamilienhäuser im Vergleich zu den Geschößwohnungen) aus den beiden an-

deren Kommunen darstellen? Dies verneint die Kämmerin. Ihr liegen nur die Zahlen von Kleinmachnow vor.

Laut Herrn Tauscher wäre es für die weitere Entscheidung wünschenswert, wenn vergleichbare Zahlen aus den beiden anderen Orten vorgelegt werden.

Herr Warnick möchte für diesen Mietspiegel werben.

Er fragt nach, ob es eine konkrete Übersicht gibt, in wie vielen Ein-, bzw. Zweifamilienhäusern in Kleinmachnow ein Mietverhältnis besteht? Es sei nach seiner Meinung ein weit verbreiteter Trugschluss, dass in den Einfamilienhäusern nur private selbstnutzende Eigentümer leben. Weiterhin macht er deutlich, dass ein Mietspiegel auch für private Vermieter mit wenigen Wohnungen von großem Interesse ist und nicht nur für Mieter.

Herr Templin hält den Mietspiegel vorrangig für die Stadt Teltow für sinnvoll.

Er wird sich bei der Abstimmung dieser Drucksache enthalten.

Herr Christall spricht sich für die Erstellung eines Mietspiegels aus und wird der vorliegenden Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 096/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 096/12 erfolgt mit 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

<b>TOP 11</b>	<b>Erbaurechtsvertrag über das Grundstück Flur 12 Flurstück 1554 - Tennisplatzanlage Fontanestraße</b>	<b>DS-Nr. 142/12</b>
---------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Erbaurechtsvertrag zur UR-Nr. 77/2012 vom 17. August 2012, geschlossen vor dem Notar Klaus Braun, geschäftsansässig Barbarossastraße 2 in 10781 Berlin, über das Grundstück in Kleinmachnow, Flur 12 Flurstück 1554, Sportfläche Tennisplatzanlage Fontanestraße, zwischen der Gemeinde Kleinmachnow und dem Tennis-Club Kleinmachnow 1961 e.V., Fontanestraße 31, wird genehmigt.

Sämtliche von Frau Jutta Lorenz, geboren am 20.12.1954, dienstansässig Adolf-Grimme-Ring 10 in 14532 Kleinmachnow zur UR-Nr. 77/2012 des o.g. Notars abgegebenen Erklärungen werden genehmigt.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Sie berichtet, dass der Erbaurechtsvertrag über 66 Jahre gilt. Der Vertrag liegt zur Einsichtnahme in der Verwaltung aus.

Des Weiteren teilt Frau Grohs das Abstimmungsergebnis aus dem Fachausschuss mit:

Kulturausschuss                      4 Ja / 1 Nein / 2 Enth.

Herr Templin informiert, dass er im Kulturausschuss mit Nein gestimmt hat. Er merkt an, dass der Tennisverein bisher eine jährliche Pacht von 25.000 € gezahlt hat. Aufgrund des Erbbaupachtzinses würde dies ein jährlicher Einnahmeverlust von 15.000 €.

Der Tennisverein ist mit der bisherigen Mietzahlung klar gekommen und soll durchaus die Erlaubnis bekommen auf dem Grundstück der Gemeinde sein Vereinshaus zu errichten. Aus seiner Sicht ist der vorgeschlagene Erbbaupachtzins viel zu gering.

Frau Grohs merkt an, dass der übliche Erbbaupachtzins im Durchschnitt bei drei bis vier Prozent liegt.

- Frau Dr. Kimpfel nimmt ab 19:55 Uhr an dieser Sitzung teil.  
Somit sind 8 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Harmsen berichtet, dass er sich den Vertrag angesehen hat. Im Vertrag steht, dass der dort gültige B-Plan zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bereits nicht mehr gültig ist. Des Weiteren werden 110 m<sup>2</sup> für eine Wendefläche reduziert. Es ist nicht erkennbar wo dies gebaut werden soll. Warum verzichtet die Gemeinde wieder auf Geld, obwohl es nicht notwendig ist.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte wissen, warum ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen werden soll.

Frau Grohs führt dazu aus, dass ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen werden soll, weil der Tennisclub ein Gebäude errichten möchte. Wenn der Tennisclub nicht im Eigentum des Grundstückes ist bzw. keinen Erbbaurechtsvertrag hat, kann er kein Gebäude errichten.

Herr von Wnuk-Lipinski fragt weiterhin nach, warum es so eine Veränderung des Pachtzinses gibt, wenn das Interesse beim Tennisverein liegt, einen Erbbaupachtvertrag abzuschließen, Frau Grohs merkt an, dass die Verhandlungen der bisherigen Pachtzahlung mit einem anderen Vertragspartner stattgefunden haben.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte wissen, was der Tennisverein bisher an Pacht- bzw. Mietaufwendungen hatte.

Auf diese Frage hat bereits Herr Templin geantwortet. Die jährliche Pachtzahlung beträgt 25.000 €.

Herr Tauscher erinnert daran, dass das Anliegen des Tennisvereins seit Jahren bekannt ist. Er wird sich zwar heute bei der Abstimmung der Drucksache enthalten, jedoch nur, weil seine Fraktion noch Klärungs- bzw. Beratungsbedarf hat.

Er gibt jedoch zu Protokoll:

*Ich bin dafür, dass eine solche sportliche Aktivität an dieser Stelle bleibt.*

Es wäre laut Herrn Tauscher hilfreich, wenn bis zum Hauptausschuss weitere Informationen gegeben werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Schleife.

Der der Drucksache beigefügte Liegenschaftsauszug ist nicht ausreichend und wenig hilfreich.

Frau Dr. Kimpfel möchte wissen, warum der Tennisverein bislang so viel Miete gezahlt hat. Frau Grohs macht nochmals darauf aufmerksam, dass die Verhandlungen zur Höhe der Mietzahlung mit einem anderen Vertragspartner, nämlich dem Geschäftsführer der Sportstätten Kleinmachnow GmbH, durchgeführt wurden.

Frau Schwarzkopf spricht sich für den Tennisverein Kleinmachnow aus. Der Verein hat in den letzten Jahren auch einiges geleistet. Zwar sind die Vereinsbeiträge nicht gerade günstig, jedoch konnte somit aber auch Geld angespart werden, um unter anderem ein Vereinshaus zu errichten.

Frau Schwarzkopf bittet um Zustimmung der vorliegenden Drucksache.

Herr Baumgraß hingegen sieht noch einigen Klärungsbedarf und regt an, diese Drucksache zurückzuziehen.

Herr Warnick informiert, dass die Verwaltung diese Drucksache heute nicht zurückziehen wird.

Herr Harmsen würde es begrüßen, wenn die Verwaltung prüft, wie hoch die Beitragszahlungen in anderen Tennisvereinen im Umkreis sind.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 142/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 142/12 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

## **TOP 12      Quartalsbericht 2012**

Frau Grohs gibt Erläuterungen zum ersten Quartalsbericht.

Zum Bereich Erträge; Position Steuern und ähnliche Abgaben, informiert die Kämmerin, dass bereits 65 Prozent erreicht sind. Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben handelt es sich im Wesentlichen um Grundsteuern, Gewerbesteuern, Hundesteuern, Zweitwohnungssteuer usw., die Jahresanordnungen unterliegen.

Weiterhin erläutert Sie, dass die Personalaufwendungen derzeit erst bei 43 Prozent liegen. Dies ist dem Fakt geschuldet, dass tarifrechtliche Jahressondervergütungen und die Vergütungen der Leistungsorientierten Bezahlungen erst im zweiten Halbjahr zur Auszahlung kommen.

Bei den Transferaufwendungen sind bereits 90 Prozent erfüllt. Hierbei handelt es sich ebenfalls um Jahresanordnungen, insbesondere für die Kreisumlage, KAT-Umlage und Zuschüsse an den KITA-Verbund.

Zum Finanzergebnis informiert Frau Grohs, dass der Stand bei Zinsen und Finanzerträgen bei 83 Prozent und bei den Zinsaufwendungen bei 90 Prozent liegt.

Abschließend äußert sich Frau Grohs mit großer Zufriedenheit über den vorgelegten Quartalsbericht. Dieser ist eine gute Sache und sie möchte dies so zukünftig beibehalten. Ziel ist es, dass im nächsten Jahr der Bericht nicht erst im September vorliegen wird.

Herr Warnick dankt auch im Namen der Finanzausschussmitglieder für diese gute Vorlage.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte gern wissen, was hinter der Maßnahme M-000042 (ggf. Mehrkosten aus gerichtlichem Verfahren) steckt.

Dazu erläutert Frau Grohs, dass dies der Neubau der Waldorf-Kita ist. Dort wurde dem Bauunternehmen der Auftrag aufgekündigt. Daher musste ein neues Unternehmen beauftragt werden. Hinsichtlich der Kündigung besteht ein gerichtliches Verfahren und somit ist von Mehrausgaben auszugehen.

Herr Harmsen hat Probleme mit den vorgelegten Zahlen. Es sind keine Abschreibungen aufgeführt. Frau Grohs merkt an, dass Abschreibungen und Auflösungen von Sonderposten nicht aufgenommen wurden, da dies gegenwärtig maschinell noch nicht möglich ist.

Herr Harmsen empfiehlt, dies zukünftig zu tun.

Herr Tauscher fragt nach, wann angedacht ist, den nächsten Quartalsbericht vorzulegen.

Frau Grohs informiert, dass es gesetzlich vorgeschrieben ist, zweimal jährlich zu berichten. Dies bedeutet, dass einmal zum 30.06. berichtet werden soll und dann der Jahresabschluss vorgelegt wird. Die Kämmerin hält es jedoch nicht für sinnvoll, zum ersten Quartal einen Bericht vorzulegen.

Sie wird in der Verwaltung anregen, einen Quartalsbericht zum 30.09. erneut vorzulegen.

Herr von Wnuk-Lipinski würde es sehr begrüßen, wenn zukünftig ein Quartalsbericht zum 30.06. und zum 30.09. vorgelegt wird.

## **TOP 13      Vorbereitung Haushalt 2013**

Herr Warnick hat drei Fragen, die den Haushalt 2013 betreffen.

- 1.) Wie ist der Stand der Erarbeitung des Haushaltes 2013?
- 2.) Wie wirkt sich die Entscheidung von Herrn Dolata (BBIS) auf den Haushalt 2013 aus?
- 3.) Alle Fraktionen waren aufgefordert, Wünsche zum Haushalt an die Verwaltung zu richten. Gab es Fraktionen, die sich geäußert haben?

4.)

Frau Grohs berichtet, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Unterlagen mit dem aktuellen Stand verteilt wurden.

Die Verwaltung strebt für 2013 einen Haushaltsausgleich an.

Zur Situation Grundschule Auf dem Seeberg informiert die Kämmerin, dass hinsichtlich eines Neubaus einer Grundschule bisher keine Kosten in den Haushalt 2013 aufgenommen wurden. Hierzu müssen aktuelle Zahlen für die Schulentwicklungsplanung vorliegen, damit zunächst der Bedarf ermittelt wird und dann Kosten in den Haushalt eingearbeitet werden können.

Zur letzten Frage von Herrn Warnick teilt Frau Grohs mit, dass bisher keine Fraktion Wünsche an die Verwaltung herangetragen hat.

Herr von Wnuk-Lipinski sieht eine Schulentwicklungsplanung als vorrangig an, bevor über eine neue Schule nachgedacht wird.

Er hat eine Frage zum Personalhaushalt. Wird es dort Veränderungen geben?

Frau Grohs verweist dazu auf die Beantwortung der F 77/33.12 von Herrn Piecha und ergänzt dazu, dass es eine Übernahmeverpflichtung, laut Tarifvertrag, von Auszubildenden gibt. Im nächsten Jahr lernt eine Auszubildende aus.

Des Weiteren stehen im nächsten Jahr Nachbesetzungen von Altersteilzeitstellen an. Es steht das Projekt „Schülercafé“ im Raum und die Schaffung einer Stelle als Facilitymanager. Für beide Projekte würde ebenfalls Personal benötigt.

Herr von Wnuk-Lipinski fragt konkret nach, um wie viel Stellenerhöhungen es sich handeln wird.

Frau Grohs informiert, dass es sich um die Stellen eines Facilitymanagers, um die Übernahme eines Auszubildenden und eventuell um 1,5 Stellen für ein Schülercafé (davon vorwiegend geringfügig Beschäftigte) handelt.

Frau Dr. Kimpfel fragt nach, warum die Tische in den Sitzungsräumen ausgetauscht werden sollen.

Frau Grohs informiert, dass diese stellenweise defekt sind. Dies kann Frau Dr. Kimpfel nicht nachvollziehen und ist der Meinung, dass das dafür eingeplante Geld gestrichen werden kann.

Abschließend merkt Frau Dr. Kimpfel an, dass zum einen die Anschaffung eines Teleskopmastes für die Feuerwehr nicht von der Gemeindevertretung beschlossen wurde und zum anderen sollen Anwohner die Kosten von 80.000,00 € für den Straßenbau Römerbrücke tragen. Sie macht darauf aufmerksam, dass dort nur 3 Anwohner wohnen.

Frau Grohs weist darauf hin, dass beide Maßnahmen mit der Prioritätengruppe 4 geplant sind, das heißt, bisher noch nicht veranschlagte Investitionsmaßnahmen, ohne Errichtungs- bzw. Grundsatzbeschluss und somit nicht im Haushalt 2013 aufgenommen werden.

Herr Warnick richtet an dieser Stelle nochmals die Aufforderung an alle Fraktionen, ihre Änderungswünsche oder Vorschläge an die Kämmerin heranzutragen.

Herr Templin äußert sich positiv über die vorgelegte Darstellung.

Er wünscht sich, bzw. geht davon aus, dass Vorhaben in Größenordnungen nur in den Haushalt eingestellt werden, die durch die Gemeindevertretung auch beschlossen wurden. Aus seiner Sicht ist dies nicht immer der Fall.

Frau Schwarzkopf begrüßt ebenfalls diese Vorlage. Sie wird in ihrer Fraktion über Wünsche sprechen und diese der Kämmerin zeitnah zukommen lassen.

Sie möchte gern wissen, ob die Maßnahme „Investitionszuschuss gewog mbH für touristische, denkmalgerechte Erschließung „Alte Hakeburg““ durch die Gemeindevertretung beschlossen wurde. Dies wird schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

Herr von Wnuk-Lipinski wünscht sich, dass der Stellenplan der Gemeinde Kleinmachnow nicht erhöht wird. Es ist aus seiner Sicht die falsche Richtung, wenn der Stellenplan jährlich erhöht wird.

Des Weiteren fordert er, dass die Kosten für die Maßnahmen 5 und 6 (Austausch

EDV/Servertechnik, Erweiterung Servertechnik Rathaus, Erneuerung Infrastruktur, Erneuerung USV-Technik 2013-2015 und Erweiterung Anwendungssoftware in 2013-2015) in den nächsten zwei Jahren um 50 Prozent gesenkt werden. Aus seiner Sicht können Kosten bei den Lizenzgebühren gespart werden. Es gibt durchaus kostengünstigere Lizenzen, als die, die die Verwaltung nutzt.

Weiterhin wünscht sich Herr von Wnuk-Lipinski, dass die Maßnahmen 58 bis 65 (Austausch PC-Technik in den Schulen) zusammengefasst werden.

Frau Grohs verweist im Hinblick auf die einzeln aufgeführten Maßnahmen auf die Wertgrenze in der Haushaltssatzung. In der Prioritätenliste sind alle Maßnahmen einzeln aufgeführt. Im Haushalt werden Maßnahmen einzeln aufgeführt die eine Wertgrenze von 20.000,00 € überschreiten. Frau Grohs bedankt sich an dieser Stelle für die hier gegebenen Anregungen.

Zur geplanten Zeitschiene für den Haushalt 2013 führt Frau Grohs wie folgt aus:

In der Dezembersitzung der Gemeindevertretung soll der Haushalt zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Das heißt, dass die Versendung des Haushaltsplanes Ende Oktober / Anfang November 2012 erfolgen muss. Sollte es aus den Fraktionen noch Wünsche bzw. Änderungsvorschläge geben, bittet die Kämmerin darum, diese bis spätestens Ende September 2012 der Verwaltung vorzulegen.

Weiterhin merkt Sie an, dass das Freibad Kiebitzberge noch eine große finanzielle Belastung sein wird. Es steht die Gründung einer Freibad GmbH zur Beschlussfassung an. Diese Kosten sind noch nicht im Haushaltsplan 2013 enthalten. Dies bedeutet, entweder kann der Haushalt erst im Januar bzw. Februar 2013 durch die Gemeindevertretung beschlossen werden oder es müsste ein Nachtragshaushalt erarbeitet werden. Eine weitere Option wäre, die Höhe der Nachtragspflichtigkeit auf 800.000 € zu erhöhen. Welche Meinung hat der Finanzausschuss dazu?

Herr von Wnuk-Lipinski macht deutlich, dass er nichts von einer Erhöhung der Nachtragspflichtigkeit auf 800.000 € hält und fragt warum die Kosten nicht schon im Haushalt 2013 aufgenommen sind.

Frau Grohs merkt an, dass ein ordentlicher Haushalt bedeutet, dass ein Errichtungs- bzw. Grundsatzbeschluss vorliegen muss. Zum Freibad wird der Errichtungsbeschluss erst am 08. November 2012 durch die Gemeindevertretung erfolgen, jedoch handelt es sich um ein regionales Vorhaben und die Beschlüssen von Stahnsdorf und Teltow bleiben abzuwarten.

Herr Warnick ist auch der Meinung, dass es Spielregeln gibt und an diese muss sich auch gehalten werden. Der Haushaltsplan 2013 sollte noch in 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ohne Grundsatzbeschluss zum Freibad wird es keine Aufnahme in den Haushalt geben.

- Herr von Wnuk-Lipinski verlässt um 21:40 Uhr diese Sitzung.  
Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Templin merkt an, dass im letzten Jahr die Nachtragsgrenze für einen Grundstückserwerb auf 500.000 € erhöht wurde. In diesem Jahr soll die Grenze nun wieder auf 800.000 € erhöht werden. Er findet diese Verfahrensweise nicht gut.

Herr Tauscher bittet die Kämmerin um Erstellung eines Leitfadens, welcher mögliche Verfahrensweisen auflistet. Alle „Wenn“ und „Aber“ sollten aufgezeigt werden.

Dies sagt Frau Grohs zu.

## **TOP 14      Anfragen an die Verwaltung**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**TOP 15      Sonstiges**

Frau Schwarzkopf berichtet, dass ihr von Frau Feser ein Anliegen herangetragen wurde, was die KITA Einstein betrifft. Die Kita in der Rudolf-Breitscheid-Straße hat einen Mietvertrag mit der gewog. Bislang betrug die monatliche Miete 9.000,00 €, die nun auf 11.000,00 € erhöht werden soll. Der Grund dafür soll sein, dass das Finanzamt Potsdam eine verdeckte Gewinnausschüttung sieht.

Es wäre hilfreich, wenn zu diesem Sachverhalt ein Gespräch mit der Kämmerin, Frau Feser und Frau Schwarzkopf stattfindet.

Herr Templin bittet die entsprechenden Ausschüsse darüber zu informieren, wie sich die Gemeinde dazu verhält.

Frau Grohs informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Aufsichtsrat der Sportstätten Kleinmachnow GmbH am 13. September 2012 getagt hat. In den kommenden Hauptausschuss und die Gemeindevertretersitzung wird eine Drucksache zur Auflösung der Gesellschaft eingebracht.

Des Weiteren berichtet Sie, dass der Aufsichtsrat der P & E am 17. Oktober 2012 tagen soll.

Herr Templin fragt nach, ob der Geschäftsführer der P & E noch immer Herr Grubert ist.

Dies bejaht die Kämmerin.

Kleinmachnow, den 15.10.2012

Klaus-Jürgen Warnick  
Vorsitzender des Finanzausschusses

Ramona Kroschke  
Protokollantin

Anlagen

Liste der offenen Festlegungen

Anwesenheitsliste

## **Anlage zum Protokoll Nr. 34**

• **Offene Festlegungen aus der vorangegangenen Beratung**

	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 72/33.12</b>	<p><u>DS-Nr.: 106/12 (Beschluss über den Zuschuss der Gemeinde und die Vergaberichtlinie zum Belegungsrecht „Barrierefreies Wohnen“ in der Heinrich-Heine-Straße)</u></p> <p>Die Verwaltung möge beantworten:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Wie hoch ist die Anzahl der barrierefreien Wohnungen, die mit dem Zuschuss geschaffen werden?</li><li>- Wie ist die Relation zwischen den Gesamtbaukosten für dieses Projekt und dem Zuschuss der Gemeinde?</li><li>- Warum soll aufgrund der Baugenehmigung ein Zuschuss gezahlt werden. Die erhöhten Baukosten sind doch im Wesentlichen im Sanitärtrakt enthalten.</li><li>- Ist die Erarbeitung einer Vergaberichtlinie unter dem Aspekt des Antidiskriminierungsgesetzes geprüft worden?</li></ul>	<p>Termin: 10.09.2012 Frau Neidel</p> <p><b>-erste Beantwortung erfolgte zum 20.09.2012</b> <b>-inhaltliche Beantwortung soll bis November/ Dezember 2012 erfolgen</b></p>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 34</b>	
<b>F 79/34.12</b>	<p>Wurde die Maßnahme „Investitionszuschuss gewog mbH für touristische, denkmalgerechte Erschließung „Alte Hakeburg““ durch die Gemeindevertretung beschlossen?</p>	<p><b>Termin: 15.11.2012</b> Frau Neidel</p>